

Imperiale Politik

Kennen Sie noch Karsten D. Voigt? Einstmals war er hoffnungsvoller Nachwuchsmann der SPD, Vorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes. Sein Spezialgebiet war die Außenpolitik; 1983 bis 1998, während der langen, für die Sozialdemokratie quälenden Jahre der Kohl-Regierung war er außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Als dann die Regierung aus SPD und Grünen mit Gerhard Schröder und Joseph (gen. Joschka) Fischer möglich wurde, stand er wohl irgendwie störend im Raum und wurde beiseite geschoben: auf den Posten des *Koordinators für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt*. Den übernahm er im Januar 1999, und er hat ihn noch immer inne.

Als sich Schröder zu der guten Entscheidung seiner Amtszeit durchrang, nämlich Deutschland aus der direkten militärischen Beteiligung am Irakkrieg der USA herauszuhalten, hatte Voigt die undankbare Aufgabe, „den Freunden“ diese Politik zu erläutern. Nach dem Wechsel der Regierung mit Angela Merkel an der Spitze schien es leichter zu werden. Die Kanzlerin hat vor allem Präsident George W. Bush hofiert. Die EU-Präsidentschaft hat sie genutzt, um die sogenannte Verfassung – die nun nicht mehr so heißt – neu zu aktivieren, darunter auch die dort fixierte Kriegsführungsfähigkeit. Dem Iran hat Frau Merkel den Atombombenbau attestiert, als sich die Informationen häuften, dass genau dies nicht der Fall ist – das heißt: Wenn Bush seine Laufbahn mit einem weiteren Krieg beenden will, wird Deutschland nicht abseits stehen.

Zugleich wurden die Beziehungen zu China unter Spannung gesetzt, und Russland-Schelte gehört auch wieder zum normalen Ton. Das figuriert dann unter der Rubrik „Menschenrechtspolitik“. Gehen wir einmal davon aus, dies sei ernst gemeint. Warum wird über „Menschenrechtsverletzungen“ in China geredet, nicht aber über die durch die USA in den Folterkäfigen in Guantanamo?

Zu den Grundannahmen gehört, Deutschland und die USA würden „die gleichen Werte“ teilen. Heißt das nun, die deutsche Außenpolitik folgt einer vergleichbaren Herangehensweise von „Doppelstandards“, wie die derzeitige Politik der USA? Dann werden die Menschenrechte instrumentalisiert und für internationale Machtpolitik in Dienst genommen. Zugleich hat

die Bundesregierung die Militäreinsätze deutscher Truppen in verschiedenen Teilen der Welt fortgesetzt, getragen von einer breiten Mehrheit im Parlament, die im Gegensatz zu einer ebenso breiten Mehrheit in der Gesellschaft steht. Das Wetrüsten breitet sich in der Welt, angetrieben durch die beschleunigte Hochrüstung der USA, weiter aus. Es hat bekanntlich 2006 bereits den Stand von 1.200 Mrd. USD aus dem Jahre 1988, also der Schlussphase des Kalten Krieges, wieder überschritten. China und Russland „antworten“ mit neuen Rüstungsprogrammen. Die EU baut ihre eigenen Interventionskapazitäten auf, um unabhängig von den USA auch militärisch Interessen umsetzen zu können, trotz aller „Freundschafts-“ und „Werte-“Rhetorik.

Karsten D. Voigt hat Anfang Januar 2008 in Zeitungsinterviews gesagt, was den Deutschen im deutsch-amerikanischen Verhältnis nun bevorsteht: Wer immer in Washington regiert, er bzw. sie wird auch von Deutschland „ein stärkeres militärisches Engagement verlangen“. Voigt hat nicht gesagt: „wünschen“ oder „erwarten“, er hat tatsächlich „verlangen“ gesagt (Frankfurter Rundschau, 5. Januar 2008) – so, als hätte der Kaiser in Rom seinen Föderaten am Rande Europas eine Botschaft übermitteln lassen. Und Voigt ist der Überbringer der Botschaft – auch eine interessante Form der „Koordination“ der beiderseitigen Beziehungen.

Für die weitere politische Analyse und Auseinandersetzung heißt das: Es war offensichtlich eine Fehlwahrnehmung der vergangenen acht Jahre, die Probleme der deutsch- bzw. europäisch-amerikanischen Beziehungen an der Person Bush festzumachen. Das Problem ist die imperiale Politik der USA, die mal ein brutaleres und mal ein freundlicheres Gesicht hat, in manchen Zeiten offen imperial agiert, in anderen liberal erscheint. Immerhin hatte Bill Clinton ja auch ab und an, je nach politischer Opportunität, den Irak bombardieren lassen. Und dann war da noch der Jugoslawienkrieg.

Die Zeiten werden anders werden, wenn Bush weg ist; ob sie auch besser werden, ist noch nicht ausgemacht.

Attila Kiraly